



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Behindertenpolitisches Gesamtkonzept

Drucksache 16/424

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt ausdrücklich die Bestrebungen der Landesregierung zur Erstellung eines Behindertenpolitischen Gesamtkonzeptes.

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung sowie das Beseitigen von Barrieren für Menschen mit Behinderung ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe.

Mit der Neuordnung der Aufgaben- und Finanzverantwortung nach dem SGB XII hat die Landesregierung die erforderliche Planungssicherheit für die Betroffenen und die in der Behindertenarbeit tätigen geschaffen, ebenso wie die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung eines behindertenpolitischen Gesamtkonzeptes.

Dieses Gesamtkonzept muss alle Lebensbereiche der Menschen mit Behinderungen umfassen. Insbesondere die Bereiche:

- Arbeit und Beschäftigung,
- Leben und Wohnen,
- individuelle Hilfen, Förderung und Frühförderung,
- Barrierefreiheit,
- Integration und Gleichstellung,
- Prävention und Früherkennung.

Die Belange von Menschen mit Behinderungen werden in allen Planungen auf Landesebene beachtet. Bei allen Gesetzreformen und Fortschreibungen von Plänen werden die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigt.

Die sich daraus ergebende komplexe politische Aufgabe bedarf einer Bestandsaufnahme und Analyse und erfordert einen gemeinsamen Prozess aller Beteiligten. Dabei ist sicher zu stellen, dass eine einheitliche Anwendung des Gesamtkonzeptes in allen Kreisen und kreisfreien Städten gewährleistet wird.

Die politischen Ziele der Selbstbestimmung, Teilhabe und Normalität in allen gesellschaftlichen Bereichen können nur im Zusammenwirken der Beteiligten und der Ver-

antwortlichen erreicht werden. Daher werden alle Beteiligten insbesondere die Betroffenen und ihre Verbände als Experten in eigener Sache an der Weiterentwicklung der Leistungen für Menschen mit Behinderungen im Rahmen eines Behindertenpolitischen Gesamtkonzeptes umfassend und von Beginn an beteiligt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Landtag und Öffentlichkeit über die wesentlichen Schritte bei der Erarbeitung des Gesamtkonzeptes aktuell und jeweils zeitnah zu informieren.

Heike Franzen
und Fraktion

Wolfgang Baasch
und Fraktion